

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Redaktion: Riesaer Tageblatt Riesa.
Sitzung Nr. 10.

Schriftleiter: Schlegel 2126.
Sitzung Nr. 10.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 145.

Freitag, 25. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zusatzabgabe, um Abholung am Postbüro monatlich 4.— Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Säule für das Eröffnen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 43 nun breite, 1 m hohe Brunnensäule (7 Silber) 1.— Mark; seitwärts und ladelärliche Säule 10.— Mark. Nachfertigungs- und Vermittlungsgebühr 30.— Mark je Säule. Vermülliger Nutzen erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Miete eingezogen werden muss oder der Auftragnehmer in Konkurrenz gerät. Säulengesetz und Erfüllungsdienst: Riesa. Verschließbare Unterhaltungsabteilung, Gröba. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsverbindungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Belieferung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhne. Riesa für Universitäts-Druckerei: Wilhelm Ditsch, Riesa.

Am öffentlichen Interesse und zur Sicherstellung der Volksversorgung wird den vorwiegend mit der Aufzubauung der landwirtschaftlichen Gerüte und Wagen sowie mit Hufschlag sich beschäftigenden Schmieden des Kreisgerichtsbezirks Dresden nach Ritter II der Anordnung vom 17. Dezember 1918 (Heftblattblatt Seite 1438) anzuahmung gestattet, ihre Schriften und Zeichnungen an einzelnen Werktagen bis zu 9 Stunden zu beschäftigen.

Diese Genehmigung gilt bis Mitte November dieses Jahres. Von ihr ist nur in drohenden Fällen Gebrauch zu machen, wenn es sich um unausführbare innerhalb der gewöhnlichen achtstündigen Arbeitszeit tatsächlich nicht ausführbare Arbeiten handelt. Dresden, am 17. Juni 1920.

Der Demobilisationskommissar für die Kreishauptmannschaft Dresden. 2828

Butter und Margarine betr.

1. Abschnitt 23, gültig vom 28. VI. bis 4. VII., darf nur mit einem Stückchen Butter beliefert werden.

2. Die Verfolgungsberechtigten erhalten gleichzeitig noch 150 Gramm Margarine. Großenhain, am 25. Juni 1920.

Der Kommunalverband.

Die mit der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 10. d. M. verfügte Schließung des Bäckereibetriebes von Martin Naumann in Gröba wird mit Wirkung ab 28. d. M. wieder aufgehoben.

Großenhain, am 25. Juni 1920.

Der Kommunalverband.

Fleischmarkenausgabe in Gröba.

Connabend, den 26. Juni 1920 werden in den bekannten Markenausgabestellen von 4—5 Uhr die Fleisch- sowie Fleischkontrollkarten ausgegeben.

Gröba (Elbe), am 24. Juni 1920.

Der Gemeindevorstand.

Obstverpachtung.

Die Verpachtung der Grünanlage der Gemeinde Henda findet Mittwoch, den 30. Juni 1920, abends 8 Uhr im Rathaus selbst statt.

Der Gemeindevorstand.

Vertisches und Sächsisches.

Riesa, den 25. Juni 1920.

Die gestrige Vorstellung des Zirkus Mainz hatte wieder einen starken Beifall aufzuweisen. Der Aufzugsraum des großen Zeltes war bis auf den letzten Platz gefüllt. Den abwechslungsreichen und lebenswerten Vorführungen folgte das Publikum mit Interesse und ließ es auch an Beifall nicht fehlen. Die Säcke der unermüdlichen Clowns sorgen dafür, dass auch die Helfer voll an ihrem Rechte kommt. Für heute, Freitag, abend ist ein neues Programm angekündigt.

* Fahrrad diebstahl. Am 24. Juni, nachmittags in der 2. Stunde, wurde aus der Haustür Hauptstraße 35 ein Herrenfahrrad gestohlen. Das Rad hat schwarzen Rahmenbaum, graue Gummireifen, rote Vorderradkette, braunes Ledersattel, Torpedofreilauf und am Vorderrad gedrehte Spulen. Der Schädlinge hat auf Wiedererlangung des Rades eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt.

* Diebstahl. In der Nacht zum 24. bis 25. Mai wurde aus dem Lagerraum der bisherigen Gasanstalt eine Gaszylinder aus Altimetall mit violettem und weißem Verkleidung mittels Einbruchs gestohlen. Gasbetriebene Wärmehaushalte wolle man zur Kenntnis der Polizei bringen.

* Vom Johannistag. Der alten, schönen Sitte, am Johannistag der lieben Dahingeschlechten zu gedenken, bei uns auch dieses Jahr in der althergebrachten Weise entstanden worden. Der Friedhof war gut besucht, und viele Kränze und Blumen bedeckten die Gräber. Unter den Strahlen der Sonne ist der Rosen- und sonstige Blumenstrauß zur vollen Entfaltung gelangt, sodass unter Friedhof sehr ein schöner Blumenhain gleicht.

* Kostenfreier Kurauaufenthalt für Offiziere. Durch Vermittlung des deutschen Offiziers-Bundes, Landesverband Sachsen, können bedürftige Offiziere in der königlichen Anzahl eine dreiwöchige kostenfreie Reise in Augustusbad erhalten. Augustusbad, ein von schönem Wald umgebener Mineralbad in anmutiger Lage, 220 Meter über dem Meer, ca. 3 Kilometer nördlich Badstation Radeberg, besitzt mehrere tollenendurchhaltige Quellen. Befüllung mit ärztlichem Augenvisus und baldmöglichst an den D. O. B. Landesverband Sachsen, Geschäftsstelle Dresden-N. Wallstraße 25 III, zu richten.

* Der 34. Verbandsstag des Sächsischen Gastkriseverbandes, der in diesem Jahre in Bischofsgrün stattfindet, nahm, wie schon kurz gemeldet, am Sonntag, den 20. Juni, seinen Anfang. Die damit verbundene Ausstellung übertraute durch ihren Umfang mit gegen 100 Ausstellern wie durch ihre Mannigfaltigkeit (20 Berufsgruppen) und gibt dem Begriffe Gastkrise-Gewerbe eine weite Deutung. Den Mittelpunkt der Tagung bildete die Hauptversammlung am Dienstag, die vom Generalverbandsvorstande Teutler-Leisig in Gegenwart berühmter Vertreter sowie von 400 Delegierten aus allen Teilen Sachens eröffnet wurde. Die schwierige Lage des Gastkrisegewerbes wurde am besten gekennzeichnet durch den hierbei erststatierten Rattenbericht, der einen Rückgang des Verbandsvermögens von 54 000 auf 15 000 Mark verzeichnete.

* Unverantwortliche Beunruhigung. Unverantwortliche Beunruhigung wird jetzt durch die überzüglichen Berichterstattungen in weite Kreise der Bevölkerung getragen. Die Unruhen und Unruhe des letzten Jahres haben einen neuen Verstärkungszauber ins Leben gerufen, die sogenannte „Aufklärerberichterstattung“. Man vermag sich jetzt also gegen die Schaden zu versichern, die einem durch Unruhen zugefügt werden können. Selbstverständlich kann man einer solchen Versicherung nicht abgeraten werden, falls ihre Prämien angemessen berechnet werden. Unverantwortlich aber ist es, wenn beratige Versicherungsunternehmungen unter Hinweis auf ansonsten angeblich beruhige Persönlichkeit den Bürger- und Handelskreis als vor der Tür stehende Unruhen und durch Angabe von älterer angeblich außerordentlicher Einzelheit solche Verhaftungen glaubhaft zu machen suchen. Es geschieht dies durch Schreiben, die in den Familien geschickt werden und dort natürlich Beunruhigung heraufzurufen müssen. Wie von zufälligen Seiten mitgeteilt werden kann, liegt zurzeit kein Anlass vor, mit dem Ausbruch von Bürgerkriegen und groben Bandenkämpfen zu rechnen. Das kann sich jeder aus den folgenden Tatsachen auch selbst ableiten: Die einzige Partei, die in ihrer Freiheit allgemein mit dem Gedanken politischer Unruhe spielt, ist die kommunistische. Nur sie sind nun zwar mit Abnahme von drei in sämtlichen übrigen 32 Reichstagswahlkreisen Stimmen abgegeben worden, aber nur in einem dieser gesuchten Wahlkreise hat sie die Stimmengüte von 50 000

überschritten und in 10 noch nicht einmal die Stimmengüte von 10 000 erreicht. Indes haben die Kommunisten nun rund den vierzehnten Teil der Stimmengüte gewonnen können, die für die beiden anderen sozialistischen Parteien abgegeben worden war. Es ist ausgeschlossen, dass eine so kleine Partei, die den geschlossenen Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gegen sie hat, mit irgendwelchem Erfolg das Unklid ausgeteilt. Neuer Kursur über unter Volk bringen könnte. Auch die unabhängige Sozialdemokratie hofft auf Zeit ohne Krieg, ohne Krieg, die Reaktion hat 81 Mandate erlangt und wird kaum die Reaktion haben, die Möglichkeit, sie im Reichstag zur vollen Geltung zu bringen, durch einen von ihr angestellten Bürgerkrieg in Frage zu stellen.

* Düngemittel-Bezug. Die gegenwärtige verschwommene Zeit ist die Zeit, in welcher der Landwirt nach Möglichkeit seine Düngemittel und sonstigen Bedarfsgüter für sämtliche zur Herbstbestellung des Reichsministers der Finanzen vom 27. Januar 1920 (Reichsgesetzblatt S. 126) nicht angegeben zu werden brauchen. Soviel nach § 165 der Reichsabgabenordnung verbotene Konten noch bestehen, ist die Verpflichtung des § 165 Abs. 3 zu beachten, wonach jede Bestellung über ein solches Guthaben oder Depot, wie die Herausgabe der Zustimmung des Finanzamts besteht. Dies gilt nach § 448 der Reichsabgabenordnung auch dann, wenn das Konto oder das Depot vor Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung, d. i. vor dem 23. Dezember 1919, errichtet worden ist.

* Sächsia. Die Stadt hat ein großzügiges Bauunternehmen zur Beschaffung von Wohnungen eingerichtet. Anlässlich einer durch keine Notwendigkeit mehr zu hindern sozialistischen Wohnungsnote hat sich Sächsia entschlossen,

zu bauen. Durch Schaffung gleich einer größeren Zahl von Wohnungen will man der Fläche energetisch zu Reibe rüden. Der Staat gibt 500 000 Mark Subvention. Man rechnet auch mit den Einnahmen eines Mietersteuer. Bei den Preisdurchschnitten auf dem Raummarkt sind das natürlich ungünstige Mittel, so dass Sächsia trotz seiner günstigen Vermögenslage ein Baubedarf von 1 Million M. aufnehmen muss. Es sind drei Gebäude mit 18 Wohnungen in Aussicht genommen.

* Reichen. Im Mai 1919 war in die Goldschmiede Robert Pötzsch an der alten Brücke eingebrochen worden. Die Diebe hatten in dem kleinen Schatzkasten und Schatzkästen erbrochen und darin enthaltene Schmuckgegenstände geholt, so dass dem Besitzer ein Schaden von 15 000 bis 20 000 Mark zugefügt worden war. Es wurden insgesamt 1100 Stück Schmuckstücke, darunter solche von großer Sehenswert, die schwer oder gar nicht zu erzielen waren, von den Dieben mitgenommen. Die Toten sind jetzt ermittelt worden; es sind die Arbeitnehmer aus Dresden und sein Schwager Burkhardt. Sie sind mit Rädern nach Weißensee gefahren und haben zweitlich beim Goldschmied Pötzsch am Feindelsplatz eingebrochen. Sie waren schon in das Hausgrundstück eingedrungen, aber von einem später heimlebenden Hausbewohner gehört worden. Darauf haben sie den Einbruch in das Geschäft von Pötzsch ausgeführt, haben den Raub in Rücksicht veracht und sind aus ihrem Rädern nach Dresden zurückgefahren. Den größten Teil des geschnittenen Gutes hielten die Diebe bis zum August in Görlitz versteckt. Nach und nach haben sie die Sachen von dort geholt und in einem Latal verkauft oder versteckt. Nur wenige Stücke konnten von der Kriminalpolizei dem rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden. Pötzsch verfügt bereits wegen anderer schwerer Tiefbühle schwere Strafen.

* Döbeln. Der Stadtrat zu Döbeln wird jetzt Kartoffeln nicht los. Es hat sich jetzt entschlossen, die noch vorhandenen Kartoffelförderer zum Preise von 12 Mark für den Rentner zu verkaufen. Die Kartoffeln sind, wie es bekannt ist, frisch ausgeschnitten und gut abgekämmt. Auch ist noch ein Vorrat nicht abgesetzter Kartoffeln vorhanden, der zum Preise von sechs Mark für den Rentner geräumt werden soll.

* Ritterau. Hier sind in ihrer Wohnung Elke Straße Nr. 27 der 44 Jahre alte Arbeitnehmer Ernst Göls und seine vier Jahre ältere Ehefrau Auguste geb. Wendler gleichzeitig gestorben tot aufgefunden worden. Der Tod der beiden ist durch Gasvergiftung verbeigeführt worden. Alle Umstände lassen darauf schließen, dass nach vorangeganginem Streit die Eheleute getrennt zur Ruhe gegangen sind und dass später Frau Göls, als ihr Mann schlief, in dessen Zimmer geschlafen und die andere verdeckt und dann selbst den Tod gebracht hat. Die Polizei staubt, da Eifersucht der Grund des Streites gewesen ist.

* Glauchau. Komplettar Peter bei der Amtshauptmannschaft wurde als Richter zum Regierungsdienstmann ernannt.

ur Rücksicht
und Sicher
Wirtschaft. Rollen
mit bestem
ausgewandert
50 Mark.
Förster.

Salinen,
zu verkaufen
der Str. 12.
die Militär-
eisw. & ver.
Str. 21. p. r.
Militär-Halb-
ver.
der Nr. 1.
zu verkaufen
U. R. 8842
Riesa.

Quonhut,
hut zu ver-
Kirsche. 15.
Wetterware
in weiß und
hell, gestick-
t. Str. 10. 2. L.
Wienauflös-
ung Nr. 25.
Sofa,
et. billig zu
verkaufen.
Riesa.
Str. 11. 8.
Schäferei,
Weinläden
r. 1. Edel-
re. zu ver-
Befrei. 10. 2. L.
gebrauchter
frank

Bat Nr. 1.
alon-Uhr,
Biologong,
sen.
angeb. Riesa.
bahnmaschine
einhalt
elauf.
angeb. Riesa.
chen
förspezialität
er-Trotzen.
L. M. 2.—
M. 3.—
m Albertplatz.
Posten
er,
Kleeben
stroh
Tagespreise.
Ginterländer
Gutstade zu
Vopplis.
737.
altes, sowie
les Hell
Niedrich Koch.
ausgeleitete
eine gebr.
zu verkaufen.
angeb. Riesa.

parate
läude, Unter-
binden, Leib-
zurteile.
en. Domäne-
meine Frau.
Dresden, Am
auftaufen.

fe
eine Ware
em Preis
und Bieder-
wischen
s & Sohn.
garetten
n. Kont.
rkunden 440 M.
gypt. 440 M.
Engl. 440 M.
ndst. 330 M.
ng Zigarette.
Goldmund-
n. Großstädten
W. Wäfer,
ettentafel, Str.
17. *

hrpläne
ermat)
u. Umlaufteile
in Riesa.
strassenbau-
der 30. Vie-
in der
bed. Befrei-
heit. 59.

SLUB
Wir führen Wissen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Wittweida. Gestern Abend wurde hier ein 26jähriger Reichswehrsoldat aus Südtirol, der sich ohne Urlaub von seinem Truppenteil entfernt und in Wiederau und Königsbahn in ein Fahrzeug gestohlen hatte. Die Männer konnten wieder herbeigeschafft werden.

Gemünd. Wie das heutige Tageblatt berichtet, ist man dieser Tage hier einem jüngstig vorbereiteten und gleichfalls ins Wert gelegten Briefmarkenbündel auf die Spur gekommen. Bei einem kleinen Briefmarkenbündel führten vor einigen Tagen gutgläubige Herren in einem Auto vor und veranlassten den Händler unter der Ansage, es gäbe eine große Sammlung in einem Orte in der Nähe von Chemnitz zu verkaufen, zum Aufkauf. In einem Günzburger Gasthof stieg man aus und erfuhr dort, daß der angebliche Veräußerer der Sammlung nicht an Hause ist. Es fanden sich dann mehrere Personen ein, die einige alte sächsische Dresdner Marken aus den über Jahren, bekannt unter der Bezeichnung „Dreier-Sachsen“, anboten. Der Händler kaufte eine Anzahl dieser Stücke zu einem ihm günstig erscheinenden Preise. Als verschiedene größeren Sammler die Marken zum Kauf angeboten wurden, erkannten einige von ihnen, besonders durch Vergleichen mit echten Stücken, daß es sich um gefälschte nachgemachte Briefmarken handelte. Auch der diebstahl verdeckte untersuchte die Marken mit dem Krebskasten, daß er sie als Fälschungen feststellte. Es ergab sich dann, daß noch einige weitere Stücke im Umlauf sich befanden. Den Jäschken ist, soweit sich bisher ergeben hat, ein Betrag von etwa 30 000 Mark in die Hände gefallen. Die Auszahlung einer weiteren hohen Summe durch Schein konnte im letzten Augenblick verhindert werden. Der Wert der verfaulten Marken beträgt, wenn sie echt wären, schwankungsweise weit über 100 000 Mark.

Bärenstein. Ein falscher Grenzkontroll-Beamter, der schon seit Tagen sein Unwesen trieb, wurde hier verhaftet. Es handelt sich um einen 19jährigen Chemnitzer Arbeitslosen, der sich im Granzahler Wald herumtrieb und den ihm begegnenden Leuten gegenüber sich als Grenzbeamter ausspielte, beauftragt, Balz- und Dammläderwaren zu beschlagnahmen. Der Bäuerlein beschlagnahmte nun weder drauslos, insbesondere nahm er alle Lebensmittel weg. Werkwürdigster habe keiner der Geplünderten Anzeige erstattet.

Buckebachsdorf. Auf schreckliche Weise ums Leben gekommen ist der Gutsbesitzer und Frächter Weißheim Wöhren mit der Waldinsel und die Werde ihres geworden, wodurch Weiß herabgeschrudert worden und jedenfalls mit in die Messe geraten ist.

Wölkau. Der sozialdemokratische Bürgermeister hieriger Stadt, Dr. Vempf, ist als Amtshauptmann nach Dresden berufen worden.

Leobschütz. Der Bezirksschulverein plant die Herausgabe eines Heimatkalenders für die Schüler und Erwachsenen. Es soll ein Universal-Lehrmittel werden. Die Herstellungskosten belaufen sich auf 35 000 Mark. Die beteiligten Städte wollen die Sache fördern.

Rütingenthal. Auf der Erhebung des Marktstifts Rütingenthal zur Stadtgemeinde und Anhebung eines Bürgermeisters mit juristischer Fortbildung ist in den Grenzgemeinden Unter- und Ober-Sachsenberg, Brummbaum und Georgenthal der Wunsch des Bürgertumstums bestellt und die Bildung einer Stadtgemeinde Groß-Rütingenthal mit 15 bis 16 000 Einwohnern angeraten worden. Eine Sitzung, die sich mit den Buzamenschenverhandlungen befaßt, war von allen Gemeinden des Grenzbezirks besichtigt.

Leipzig. Als die Kassiererin eines Kinos in der Eisenbahnstraße nach Geschäftsschluss mit einer braunledernen Altmädelin, in der sich in einem grauen Kleid einen Beutel mit Vorlegeschild einer 500 Mark befand, die Straße betrete hatte, wurde sie sofort von drei unbekannten Männern umringt, und auf die Fahrtstraße geworfen. Einer der Männer entwich ihr die Altmädelin, was ihm ein Verlust war, weil die Lebendalene einen künstlichen Arm hat. Anfangszeit war der Geschäftsführer des Kinos, der den Vorhang aus einer Unterhaltung mit angehängt hatte, hinzugetreten, kam aber leider schon zu spät, denn das Raubband ergriff bei seinem Nahen mit der Beute die Flucht. Er verfolgte zwar denjenigen, der die Tasche im Beisein hatte, durch die Welschstraße bis in die Glatzstraße, verlor ihn aber dann in der Dunkelheit aus den Augen. Seine Rufe: „Halt auf! Straßenräuber!“ wurden von den Polizisten nicht beachtet. Auch den Überfall selbst haben Straßenpolizisten aus unmittelbarer Nähe ruhig mit angeschaut, ohne den geringsten Versuch zu machen, der verdächtigen Kassiererin beizustehen.

Leipzig. Das Feuer im Straßenbahnhof Baumgarten fand reichlich Nahrung in der Dachkonstruktion aus Holz, dem langen Gebäude und seinem Inhalt. 110 wurden auch dem Gebäude 44 Motorwagen und 18 Anhängerwagen, also insgesamt 62 Straßenbahnen durch Feuer zerstört. Die Feuerwehr, die mit zwei Löschzügen (Haupt- und Ostwache) erst nach 3/4 Stunde alarmiert wurde, fand ein großes Flammenmeer vor. Trotzdem mehrere Schlauchleitungen angelegt wurden, in denen das Wasser durch ein Kraftabspülgebinde von weit her herangeführt werden mußte, und trotz der Unterstützung mehrerer freiwilliger Wehren aus der Umgebung, konnte nichts mehr gerettet werden. Der Riesenbrand hat ein Bild grausiger Zerstörung geschaffen. Durch das Feuer ist ein Schaden von vielen Millionen entstanden. Die Ursache des Feuers ist völlig unbekannt. Von jahrelanger Seite wird es für sehr unvorhersaglich gehalten, daß das Feuer auf Reichsschlüssel zurückzuführen sei. Oels und sonstige brennbare Stoffe haben sich nach Aussage der Verwaltung bei Ausbruch des Feuers nicht in der Halle befunden. Die Untersuchung nach der Ursache des Brandes ist in die Wege gesetzt. Der Ausbruch des Feuers wurde kurz nach 14.12 Uhr nachts bemerkt. Das Feuer verbreitete sich mit rasender Geschwindigkeit. Es gelang nur, einige Wagen ins Freie zu bringen, dann war an legendre Weise keine Zeitung mehr zu denten. Die Halle war vollkommen in Dachkonstruktion ausgeführt und hatte ein Tropfengewölbe. Minutenlang schlug die riesige Flamme von der Halle bis zur Straße, eine Unterhaltung von etwa 20 Metern. Der Verwalter des Depots erhielt sofort telefonisch Hilfe von Leipzig zu erlangen. Das Telefon versagte unglücklicherweise. So kam es, daß die Leipziger Feuerwehrkämpfer die Melbung von dem Feuer zu spät erhielt.

Leipzig. In der Markthalle wie im Straßenhandel sind am Donnerstag Märkte zu erträglichen Preisen von 120 bis 150 Pf. eröffnet worden. Jedermann findet die Preise und werden es wohl auch noch weiter tun.

Lagesgeschichte.

Dentelles Straße.

Erzberger erkrankt. Erzberger erklärte in der vorgebrachten Sitzung der Zentralregierung, er leide an einem Halstumor und könne kaum sprechen. Er müsse sich auf ärztliche Vorlesung einer Kur fern von Berlin unterziehen und könne daher der Sommertagung des Reichstages nicht beiwohnen. Ein Beschluss über Erzbergers Verbleib in der Fraktion wurde nicht gefasst.

Der neue französische Botschaftsamt. Die französische Regierung hat bei der deutschen Regierung das Abkommen für Herrn Charles Vaillant, den für Berlin bestimmten Botschafter angefordert, und auch bereits erhalten. Die Entsendung erforderte eines Nichtdiplomaten nach Berlin. Es ist erwartet, daß es der französische Re-

gierung auf die Aufnahme unter wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland ankommt.

Ein Wortprozeß gegen drei Kommunisten. Vor dem Berliner Schwurgericht haben sich drei Kommunisten, der Bostwirt Max Richtermann, der Kaufmann Erwin Hoppe und der Schneidergärtner Willi Wenzel, alle drei Deute im Alter von 21 und 22 Jahren, wegen Mordes an einem angeblichen Siegel, dem Antikorper Bau, zu verantworten. Am 7. August vor Jahres wurde die Verhandlung des Inspektors, der mit einer Wolldecke gefestigt war, auf einem Stuhl gelandet. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß Blau aus politischen Motiven ermordet worden sei. Der Mord soll von kommunistischer Seite geplant und ausgeführt worden sein. Als Täter kommen die jungen materialistisch-sozialistische Bewegung entstanden. Durch die Katastrophe des Weltkrieges seien die jungen materialistisch-sozialistische Bewegung entstanden. Durch die Katastrophe des Weltkrieges seien die jungen materialistisch-sozialistische Bewegung entstanden. Durch die Katastrophe des Weltkrieges seien die jungen materialistisch-sozialistische Bewegung entstanden.

Eigenartige Streitfläche. In einer Münchener Fabrik der Lebensmittelbranche traten am Montag, 6. September, 16 Arbeiterinnen und 12 Arbeiter in den Streik, um die Entlassung einer Arbeiterin zu erwirken, die in leichter Zeit im Arbeitsmarkt mehr gefordert hatte, als ihre Arbeitskolleginnen. Die Fabrikleitung erklärte sich bereit, der betreffenden Arbeiterin 14 Tage Strafland zu geben. Trotzdem verharrten die Arbeiterinnen weiter im Streik. Nun verkündete die Fabrikleitung, daß die Arbeiterinnen, die am Dienstag nachmittags die Arbeit nicht aufgenommen haben, entlassen werden. Darauf haben die Arbeiterinnen die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Münchener Rechte Nachrichten bezeichneten es als in der Geschichte einzige daselbst, daß ein Streik dadurch vom Stapel gelassen wird, daß eine Arbeiterin besonders fleißig ist.

Eine Frankfurter Leder- und Gütedecke. Es ist auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses des Vereins der Lederarbeitsbündler e. V., Frankfurt, sowie des Verbands der Lederarbeitsbündler, Gruppe Hessen-Nassau, im Einvernehmen mit den Handelskammern gegründet worden. Sie findet zweimal monatlich, erstmalig am 14. Juli, statt.

Ein Amnestiegesetz beantragt. Die sozialdemokratische Reichsabstimmung hat vorausdrücklich nach der Annahme von Reichstagswahlen beschlossen, den Antrag einzubringen, die Regierung zu erlauben, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend der Bielefelder Vereinbarung vom 29. März gewährleistet wird. Durch diesen Antrag wird mit Geltung im ganzen Reich eine Amnestie im Sinne des Bielefelder Abkommens gefordert.

Die Ernteaufzählungen in Bayern. Ein hervorragender Führer aus den Kreisen der bayerischen Landwirtschaft erläuterte, über die Ernteaufzählungen in Bayern berichtet, einem Mitarbeiter des B.T., die Getreideernte sei mit Ausnahme einer laufenden Regenperiode, in denen sich der Stichpunkt und Kornmangel, sowie die Märschen und Streik besonders bemerkbar machen, gut. Weniger gut dürfte sich das Sommergetreide gestalten. Da gegen ist wieder das Ergebnis für Kartoffeln gut zu nennen. Auch die Obstsorten sei gut, teilweise sogar als sehr gut zu bezeichnen. Dagegen hat die Viehzucht durch das Umgreifen der Maul- und Klauenpest ungemeine Verluste zu verzeichnen. Eine am 22. Mai vom Ministerium der Landwirtschaft gemachte Aufstellung besagt, daß an diesem Tage die Seuche in 124 Bezirken ausgetragen. Es sind davon 800 Gemeinden und 5708 Gehöfte betroffen. Der Schaden an Viehverlusten beträgt schon jetzt mehrere Millionen Mark. Der Ausfall an Fleisch, Milch, Gespannleistung, Dünger usw. ist unverholt.

Neue gewaltige Fehlbeiträge. Wie schon gestern mitgeteilt, hat der Reichstag einen Rot-Blau angenommen. Der Reichstagsrat wies darauf hin, daß der Fehlbeitrag für die Reichspost und die Eisenbahnen in Höhe von 61 Milliarden Mark im Rot-Blau gelehrt sei, und gab der Hofjagdin Ausdruck, daß es doch allmählich gelingen werde, über dieses schreckende Defizit hinwegzukommen. Finanzminister Dr. Böckeler unterstrich diese Ausführungen. Ausgedehnt würden wir allein im ordentlichen Budget der Reichsbevölkerung einen Fehlbeitrag von 15 Milliarden haben; dazu kommt noch der Fehlbeitrag der Post. Es benutzt die Gelegenheit, um dem Reichstag zu sagen, daß wir vor einem neuen Abschwellen dieser Fehlbeiträge handeln, und zwar infolge der Besoldungsordnungen der Länder. Damit, so sagte der Finanzminister, seien wir vor der betreibenden Tatsache, daß die Reichsbevölkerungsordnung noch ehe sie wirksam werden sollte, aufgehoben; ist durch die weitergehenden Besoldungsordnungen der Länder. Sie wissen, welche politischen Wirkungen das in Bayern ausgelöst hat, indem die Beamten am 30. 6. bei der Eisenbahn und Post eine Urabstimmung machen wollen, ob sie auf das Reich übergehen wollen oder nicht. Es kommen ganz erstaunliche Mehrheiten heraus, wenn wir die Reichsbevölkerung ausbauen müssen nach dem, was die Länder getan haben. Außerdem stehen wir vor dem Abschluß eines Völkertarif für die Reichsbevölkerungen, wobei es sich um gewaltige Veränderungen der Organisation handelt. Das Defizit wird sich durch diese neuen Veränderungen noch erhöhen, es wird Sache des neuen Reichskabinetts sein, dazu Stellung zu nehmen.

Die Militärgerichtsbarkeit. Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei, der am Dienstag in Berlin getagt hat, hat u. a. einen Beschluss gefasst, der die Funktion des Reichstages dringend erachtet, darauf hinzuwirken, daß das Gesetz über Aufstellung der Militärgerichtsbarkeit sofort wieder eingedrängt und beraten werde. **Reichsbevölkerungsabschluß und Landesbevölkerungsabschluß.** Die in leichter Zeit von den Ländern erlassenen Bevölkerungsabschläge rufen vielfach die Landesbeamten lästiger ein, als daß im Frühjahr zustande gekommene Reichsgesetz gleichwertige Reichsbeamte. Für die Reichsbeamten wird der Ausgleich bei der bevorstehenden Revision des Bevölkerungsabschlags herbeizuführen sein. Diese umfangreiche und schwierige Arbeit ist vom Reichsfinanzministerium bereits eingeleitet. Auch der Verschiedenheit der Bevölkerungsabschläge der Länder und des Reichs ergeben sich aber auch jetzt bereits unmittelbare Schwierigkeiten bei der Einführung der Länderbeamten der Betriebe, die auf das Reich übergegangen sind. Dieser Umstand hat zu einer Beratung des Reichsverkehrsministers mit dem Reichspost- und Reichsfinanzministerialen Anlaß gegeben. Sie waren übereinstimmend der Ansicht, daß nicht nur im Herbst die Folgerungen aus den Länderabschlägen für das Reichsgesetz gezeigt werden müssen, sondern daß auch gleichzeitig ein Weg gefunden werden müsse, wie schon jetzt die Einführung der in den Reichsdienst zu übernehmenden Landesbeamten in die Bevölkerungsordnung des Reichs ohne Nachteil gegenüber den Landesbeamten erfolgen kann. Diese Frage ist einer Kommission überwiesen, die ihre Arbeiten bereits begonnen und diese beabsichtigt durchzuführen hat. Die Angelegenheit wird alsdann sofort dem neuen Kabinett und dem Reichstag unterbreitet werden.

Evangelisch-sozialer Kongress. Der Evangelisch-soziale Kongress legt gestern zum ersten Male bei der staatlichen Neuregelung zu einer mit Spannung erwarteten Tagung in Berlin zusammen. Der Vorsitzende, Dr. Baumgartner-Kiel, eröffnete die Tagung mit einer bedeutenden Ansprache. Das Programm des Kongresses, die sozialen Anstände unseres Volkes vorurtheilslos zu prüfen und die sittlichen Forderungen des Evangeliums in unserem Wirtschaftsleben wirksam und fruchtbar zu machen, sei noch lange nicht erfüllt. Es gelte, dem Sozialismus unserer Tage die evangelischen Motive zu geben. Es läge nicht in der Absicht des Kongresses, sich in den Dienst bestimmter politischer Parteien zu stellen, sondern er wolle in wahrer, unbedingter Freiheit der Meinungsäußerungen eine Verhandlung über die

Aufgaben des evangelischen Sozialismus und eine Wiederholung des sozialen Interesses herstellen. Das erste Verbandsfest im neuen Deutschland. „Bundestag sprach Dr. Paul Naegele-Berlin, der seine Herlebungen auf einem großzügigen Nebenbild über die religiöse Geschichte und wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung aufzählt. Die organisierte Kirche als ganzes führt mancher Opposition einzelner Kreise aus gegenüber den neuen wirtschaftlichen Entwicklungen, die alte Formen gottgewollter Abhängigkeiten und gottgewollter Weltordnung aufrecht zu erhalten.“ Es ist als eine Art Gegen-Evangelium die materialistisch-sozialistische Bewegung entstanden. Durch die Katastrophe des Weltkrieges seien die jungen materialistisch-sozialistische Bewegung entstanden.

Eigenartige Streitfläche. In einer Münchener Fabrik der Lebensmittelbranche traten am Montag, 6. September, 16 Arbeiterinnen und 12 Arbeiter in den Streik, um die Entlassung einer Arbeiterin zu erwirken, die in leichter Zeit im Arbeitsmarkt mehr gefordert hatte, als ihre Arbeitskolleginnen. Die Fabrikleitung erklärte sich bereit, der betreffenden Arbeiterin 14 Tage Strafland zu geben. Trotzdem verharrten die Arbeiterinnen weiter im Streik. Nun verkündete die Fabrikleitung, daß die Arbeiterinnen, die am Dienstag nachmittags die Arbeit nicht aufgenommen haben, entlassen werden. Darauf haben die Arbeiterinnen die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Münchener Rechte Nachrichten bezeichneten es als in der Geschichte einzige daselbst, daß ein Streik dadurch vom Stapel gelassen wird, daß eine Arbeiterin besonders fleißig ist.

Eine Frankfurter Leder- und Gütedecke. Es ist auf

Eine japanische Schiffbaureform. Der japanische Schiffbau hat, nach einer Mitteilung von „Werft und Reederei“, im Jahre 1919 einen Rekord erzielt. Es wurden nämlich 184 Schiffe mit einem Gesamtdraht von 620 000 Tonnen gebaut, und zwar deuten sich diese Schiffe nur auf Schiffe von über 1000 Tonnen. Durch diese Schiffe wird zwar im Vergleich mit den Schiffsneubauten des Jahres 1918 ein Rückgang in der Zahl der erbauten Schiffe um 55 festgestellt; aber der Gesamtdrahtraum hat eine Zunahme von 40 750 Tonnen erfahren. Während des Dezember 1919 wurden allein 11 neue Schiffe mit insgesamt 84 880 Tonnen vom Stapel gelassen.

Von der Mode.

Weit oder eng? Werden die Röcke der Herbstmode weit oder eng sein? Das ist die Frage, über die sich jetzt so manche Dame den Kopf zerbricht. Die stärkere Beliebtheit der Hüftlinie, die Andeutungen des Panniers oder gar des Kreisfrosches, die sich immer häufiger zeigen, lassen eigentlich daran denken, daß wir für die nächste Saison mit Röcken zu rechnen haben, die zum mindesten sehr breit sind. Trotzdem glaubt man in Paris prophezeien zu können, daß die Röcke wieder enger werden, und zwar ist es ein ähnlich prosaistischer und praktischer Grund, der dafür angeführt wird. Die Stoffpreise liegen nämlich von Woche zu Woche, und es ist kaum vorstellbar, wie die Damen, die doch nicht alle Millionärinnen sind, die ungeheure Kosten eines wirklich weiten Röcks aufzutragen sollen, der Meter über Meter Stoff verschlingt. In jenen glücklichen Zeiten des Kriegs oder des Friedens zwischen zwei Kriegsreichen, in denen die Frauen riesige Stoffmassen in ihren Röcken mitherumschleppten, waren die Preise noch erschwinglich. Heute sind sie es aber für die Mehrzahl der Frauen nicht mehr, und so wird man den notwendigen Röcken in einem engeren Schnitt halten müssen.

Eine neue Berliner Modewoche. Der Verband der Deutschen Mode-Industrie wird, wie aus Berlin mitgeteilt wird, im August 1920 wieder eine Modewoche veranstalten, die ohne Zweifel zahlreiche Besucher des In- und Auslandes nach Berlin führen dürfte. Zu diesem Zweck werden eine Reihe von Festlichkeiten veranstaltet, die der Zeit entsprechend sommerlicher Charakter tragen werden. Am 8. August findet auf der Grunewaldrennbahn ein Rennen statt, das unter dem Titel der Mode stehen soll. Am folgenden Tag wird ein Begrüßungsbild die Besucher vereinen und im Laufe der Woche wird ein Gartenfest stattfinden, mit dem eine besondere modische Vorführung verbunden sein soll.

Sport.

Fußball. Die letzten Ergebnisse des Sp.-V. Möderan sind folgende: Sonntag, den 20. Juni spielt Sp.-V. Möderan 1. gegen Sp.-V. Groß 1. im Votafspiel 2:2. Im Gesellschaftsspiel Mittwoch, den 23. Juni Möderan 2. gegen Vomier-Votafall 19 2. 5:0. Donnerstag, den 24. Juni Möderan 1. gegen Möder-Votafall 15 1. 1:0. Die 1. Mannschaft des Riesener Sportklubs hat sich kommenden Sonntag zu einem erstklassigen Propaganda-Spiel noch Einsiedel bei Chemnitz verpflichtet. Sportklub wird alles herausgeben, um ein günstiges Resultat nach Hause zu bringen, da ein guter sportlicher Gegner zur Stelle ist. Die 2. Mannschaft hat als Gegner auf Sportplatz Marktstraße in der Votafallrunde die 2. Mannschaft des Olzager Ballspiel-Club zu Gast.

Sport und Sprache. So sehr der Sport auch Gemeingut der Welt ist, so bleibt ihm doch in gewisser Hinsicht ein nationaler Charakter gewahrt. Dieses politische Element besitzt der bekannte Sportfachmann Generalsekretär Carl Diem in einem soeben bei B. G. Teubner in Leipzig erschienenen Bandchen der Sammlung „Aus Natur und Weisheit“. In dem er einen inhaltstreuen Knappe über das ganze weite Gebiet des Sports gibt. Als die „deutsche Form“ des Sports bezeichnet er dabei eine Gewissenhaftigkeit, mit der wir im Gegensatz zu anderen Ländern oder den anderen Ländern voran die Einstellung des Einzelnen in den Dienst der Gemeinschaft fordern.“ Auch in der Sprache soll die nationale Führung des Sports zum Ausdruck kommen, und man hat in Deutschland mit Recht und mit Erfolg versucht, die zahlreichen fremdwärtigen Ausdrücke, die hauptsächlich aus dem Englischen stammen, zu verdrängen. Das läßt sich nun freilich nicht mit Gewalt durchsetzen, sondern dazu gehört vor allem sprachwissenschaftliche Begabung und — etwas Geduld. Man muß warten können, ob der gesuchte Ausdruck sich einbürgert, und darf nicht das ganze Sprachgut mit einem Schlag umformen wollen. Manche der ursprünglichen Fremdwörter sind auch bereits so ganz in die deutsche Sprache aufgegangen, daß wie sie garnicht mehr als Fremdwort empfunden werden. Wie es ja auch mit dem Wort „Turnen“ der Fall ist, daß ursprünglich von

Gib Deine Stimme für die Wahl!
Stein's Speziale
für die Volksabstimmung
am Deutschen Reichstag
Kaufhauskette
Münzblatt, Westfalen, 52.

Beilage zum „Riesner Tageblatt“.

Notizen und Bericht: Riesner & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Eigentum: Wilhelm Dittig, Riesa.

Nr. 145.

Freitag, 25. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Das Haus ist voll besetzt, desgleichen die Tribünen. Im Abhören deutet nichts im äußeren Aussehen des Saales auf die Bedeutung dieser ersten Sitzung des ersten Reichstages nach der Umbildung des Reiches hin.

Der Alterspräsident Leo Klenz eröffnet die Sitzung und ernennt die Abgeordneten Walewski, Frau Kanes, Frau Böhme-Schub und Dr. Weiler zu vorläufigen Schriftführern. Geschäftsordnungsmäßig wird sodann zum Namensaufruf des Abgeordneten geschriften, der sich im allgemeinen einstimmig vollzieht und in dessen Verlauf sich ergibt, daß die meisten Minister im Plenum Wahl genommen haben, so z. B. die Abgeordneten Wirth, Giesberts, Daub, Müller und Bauer. So erklärt es sich auch, daß auf der Ministerkabinettssitzung noch das gesamte Reichskabinett vertreten. Beim Aufruf des Namens des Abg. Mittwoch (Linke) ruft Leo Klenz unter lachendem Heiterkeit des Hauses: „Der ist!“ Zu einer ähnlichen Scene kommt es beim Aufruf des Namens Stinnes. Dies ruft Adolf Hoffmann (Linke): „Wenn das Geld im Kassen steht, der Stinnes in den Reichstag bringt!“ Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 422 Abgeordneten, 24 fehlen.

Der Alterspräsident stellt die Rechtsfähigkeit des Hauses fest, setzt die nächste Sitzung auf Freitag nachmittag 5 Uhr mit der Tagesordnung: Die Wahl des Präsidiums an und schließt gegen 4 Uhr.

Die Unabhängigen beantragen Aufhebung des Urteils gegen Mittwoch.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reichstag hat in einem Telegramm den Reichskanzler aufgefordert, sofort Berufung gegen das Urteil gegen den Abgeordneten Mittwoch einzulegen.

Die Not der deutschen Wissenschaft.

dd. Berlin, 23. Juni.

Von der furchtbaren Not der Zeit wird auch die deutsche Wissenschaft bedroht. Es haben sich deshalb ihre Vertreter, Hochschulakademien und Behörden, zu einer Notgemeinschaft zusammengefunden, um nach Mitteln und Wegen der Hilfe zu suchen. Zwei schwere Widerstände treffen aufeinander. Bei den Gelehrten breitet sich ein gewisser Skeptizismus aus. Man braucht nur an den Erfolg des stark überzeichneten österreichischen Buches von Sennert über den Untergang des Abendlandes zu erinnern. Unbedingt befindet sich die Ausstattung unserer Institute ebenso wie dienstliche unerwartete Studierenden in einem verhängnisvollen Armelosigkeit. Beides zusammen könnte leicht den Anfang eines katastrophalen Niederganges bedeuten, wenn wir uns nicht mit aller Kraft dagegen wehren. Wohl wird bei unseren heutigen Studenten allgemein der Fleiß anerkannt. Er richtet sich aber zu einem großen Teil nicht auf den Beruf, wobei auf die allgemeine wissenschaftliche Fortschritte. Die Gelehrten unserer Hochschulen sind so groß, daß sie den Finanzministern die schwersten Bedenken erwecken. In dem einen oder anderen kleinen Bande ist man kaum noch sicher, ob man die Landesuniversität halten kann. Unsere Akademien müssen eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Veröffentlichungen, an denen sie seit langen Jahren arbeiteten, einstellen. Eisenachische Gelehrten sind um ihre Existenz gefährdet. Bücher und Zeitschriften aus dem Ausland sind nicht mehr zu bezahlen, von Reisen unserer Gelehrten ins Ausland bei heutigen Valu übernahmen gar nicht erst zu reden. Verzweigt haben sich die Kosten für Heizung und Arbeitsräume, für Apparate, Versuchsräume, Chemikalien usw. Dabei haben wir an jedem Ende der Wissenschaft noch niemals gebraucht als eben. Sie muss uns bei der Studienförderung helfen, sie muss den Beschaffungsvertrag unserer Landwirtschaft wieder freigeben. Sie muss unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder konkurrenzfähig machen. Das sind dringendste praktische Aufgaben. Aber man glaubt nicht, es genügt nun, wenn man den einen oder anderen Zweig unserer Wissenschaft rettet. Sie bedeutet vielmehr einen Gefangenheitszustand, in welchem kein Teil verflümmeln darf, wenn nicht das Ganze zugrunde gehen soll. Wenn nicht das deutsche Volk im ganzen eine gewisse Kulturrückhaltung innehält, wenn nicht die Allgemeinbildung unserer Förscher bleibt wie sie war, oder wo möglich noch gesteigert wird, so sind auch epochemachende Entdeckungen auf dem Gebiete der Spezialwissenschaften nicht zu erwarten. Die Wissenschaft als ganzes bildet den Boden, auf dem alle einzelnen Zweige wachsen. Eine Zeit lang kann sich irgend eine Kulturrückhaltung wohl auch in kulturseliger Umgebung halten. Man könnte schwäbisch auch auf den Kriegsschauplätzen hier und da Konzerte geben und ein Klavier in den Unterhand schaffen. Über auf die Dauer ist die Erdhöhle nicht der Platz, wo kulturophile Kultur leben und deinen kann. So geht es mit jeder einzelnen geistigen Betätigung. Zur Zeit gehören wir noch von Kapital, wenn wir es aber aufzukaufen, ohne für Erfolg zu sorgen, wenn wir für die abgenutzten Organe keinen Nachdruck bekommen, dann wird das Ende der deutschen Wissenschaft eines Tages da sein. In einfachen Kreisen des Auslands regt sich Bedürfnis und Bereitschaft, uns zu helfen. Ist doch auch die ausländische Wissenschaft vielfach auf direkte Unterstützung angewiesen. Man denkt beispielsweise an meteorologische, historische und ähnliche Forschungen. Über überschlagen darf man das, was das Ausland und leisten kann, nicht. Wertvoll ist die Notgemeinschaft schon als Austauschstelle, gemeinsame als Geistesbörse. Sie wird die Stellen anzeigen, wo die Not am größten ist. Sie wird Hilfsmittel aufzubringen und gerecht zu verteilen haben. Freilich bestehen auch gewisse staatsrechtliche Bedenken der Länder, die sich in ihrer Kulturpolitik von keiner Heidekette befreien lassen wollen. Ein sehr beachtlicher Gesichtspunkt! Denn gerade in der Weltgesellschaft liegt Fülle und Freude der deutschen Kultur. Aber alle bestützten Bedenken machen ebenfalls eine großzügige Hilfeaktion für die deutsche Wissenschaft nicht überflüssig. Wogegen die Arbeit der Notgemeinschaft nicht vergeblich sein.

Der Bohrung Ungarns vollständig.

Der „Freiheit“ wird aus Budapest gemeldet: Die Regierung Ungarns ist jetzt vollständig; sogar Schwengel ist eingesetzt. Eine Abordnung Budapester Beamten und Industrieller hat vor der Regierung Verhandlungen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund verlangt, da die internationale Tätigkeit dort geschwächen wird. Die Industriellen haben die Vermittlung der ungarischen Sozialdemokratie angezogen.

Überbürgermeister Scholz, Wirtschaftsminister.

tu. Berlin, 25. Juni.

Die Kabinettssitzung dürfte, wenn nicht noch im letzten Augenblick Änderungen vorgenommen werden, wie folgt aussehen:

Reichskanzler: Lehmann;
Reichsjustiz: Dr. Heine;
Auswärtiges: Simon;
Innen: Koch;
Finanzen: Wirth;
Wirtschaft: Scholz;
Ernährung: Hermann;
Arbeit: Braun-Zentrum;
Werbe: Mehl;
Schau: v. Naumer;
Verkehr: Gröber;

Wiederbauvorstand unbekannt.

Das Wiederaufbauministerium soll die Bayerische Volkspartei beseitigen. Da sich aus ihren Kreisen kein Standort finden dürfte, wird er vermutlich an die Deutsche Volkspartei abgegeben. Mit dem Reichsjustizministerium wird bestimmt die Befreiungserlaubnis verbunden. v. Naumer hat bereits zugestellt, das Reichsministerium zu übernehmen. Mit Oberbürgermeister Scholz, Charlottenburg verhandelt gestern abend die Deutsche Volkspartei, die im Laufe des Mittags an ihn herangetreten war. Man begiebt gestern abend in Kreisen der Volkspartei begründete Hoffnung, daß Scholz annehmen wird.

Die Regierungskrise in Österreich.

In den Verhandlungen über die Bildung eines neuen Kabinetts in Österreich ist plötzlich eine überraschende Wendung eingetreten. Die Sozialdemokraten stellen derartige Forderungen, daß die Christlich-Sozialen und die Großdeutschen nicht darauf eingehen können. Insbesondere verlangen die Sozialdemokraten außer dem Präsidium und dem Staatsamt für Heereswesen das für die Wahlen so wichtige Ministerium des Innern. Die Christlich-Sozialen erklären darauf, daß sie nicht in der Lage seien, ihre Verteilung zu bewahren, um die Geschäfte prothorif zu führen, wie es ja ursprünglich geplant war, weiter zu führen. Dieser Erklärung schlossen sich auch die Beamten an, welche dem Ministerium angehören. Darauf beantragte Präsident Seitz der Sozialdemokraten, nachdem diese erklärt hatten, daß sie keineswegs bereit seien, ebenfalls zu demissionieren, das Übergangsministerium allein mit ihren Parteidienststellen zu übernehmen, sondern sofort daran, daß die Sozialdemokraten auch die bisher von den Christlich-Sozialen verwalteten Stellen und die, welche die Beamten innehaben, provisorisch besetzen werden.

Bewirtschaftung des Schlachtviehs.

tu. Berlin, 25. Juni.

Die Vorstande der Landwirtschaftskammern haben in ihrer Sitzung am 20. Juni einen Beschluss gefasst, in dem es heißt: Die künftige Kommission hält die Vorlage des Reichslandwirtschaftsministeriums betreffend eine anderweitige Regelung der Bewirtschaftung des Schlachtviehs für unannehmbar, da sie auf eine weitere Belastung der Zwangsbeleidigung hinauslaufen. Die Kommission erklärt, daß die gesamte Landwirtschaft nicht mehr bereit ist, sich der Zwangsbeleidigung in Schlachtvieh zu fügen. Die Landwirtschaft wird bereit sein, einen noch näher festzusetzenden Mindestbedarf an Schlachtviehweinen auf dem Wege der Lieferungsverträge unter der Voraussetzung sicher zu stellen, daß die zur Einführung vorgesehenen Maßnahmen den Märkten zu einem angemessenen Preise und in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden.

Lebensmittelkrise in Bremen.

Die „Doss. Zeitung“ meldet aus Bremen Lebensmittelkrise. Die Warendienstler auf den Märkten wurden von der Menge gezwungen, ihre Waren zu den von dem Volksfestgesetzten Preisen abzugeben. Später wurde die Bewegung auch in die Ladengeschäfte übertragen. Die Polizei mußte sich darauf bekränzen, stillmärsche Ausstreitungen zu verhindern. Eine weitere Meldung berichtet: Die Lebensmittelkunden verstärkten sich über Mittag sehr, sodass die Polizei einige besonders lebhafte Geschäftsschäden für den allgemeinen Verkehr sperrte. Die Demonstranten wandten sich im Laufe des Tages auch gegen Schuhwarenläden und größere Warenhäuser, denen sofort polizeilicher Schutz zuteil wurde. In den ersten fanden vielfach Zwangsoerfolge statt, auch waren Diebstähle vor. Wie verlautet, soll in einigen vorstädtischen Konfektionshäusern geplündert worden sein; doch war nichts Bestimmtes zu erfahren.

Generalstreikdrohung in Krefeld.

Die Betriebsräte des Krefelder Industriegebiets haben an die belgische Beauftragungsbehörde eine Erklärung gerichtet, in der die sofortige Juristisierung der Truppen, Süddeutsche für die Erschließung und Sicherstellung unschuldiger Personen, Garantien für die Einnahmen mit den Konsumtiven im Kreis Krefeld festzulegende Lebensmittelpreise gefordert werden. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, dann wird die Krefelder Arbeiterschaft in den Generalstreik treten, zu dem Sympathieträgerungen aus dem gesamten Unterhessischen Rheinland vorliegen.

Gutsreihen gegen den Rieschenwucher in Köln.

Im Verfolg der öffentlichen Warnungen gegen den Rieschenwucher unternahm gestern vormittag auf Veranlassung der Kölner Staatsanwaltschaft die Kölner Polizei einen energetischen Vorstoß gegen die zu hohen Preise. Vorläufigen Vorstoß gegen die zu hohen Preise kostet die zu 4-5 Mark pro Pfund verkauft werden sollten, wurden beschlagnahmt und über zwanzig der wucherhaften Verkäufer, meistens Schuhverkäufer aus dem benachbarten Vorortgebiet, verhaftet und sofort dem Wuchergericht in Köln vorgeführt. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden daraufhin die beschlagnahmten Rieschen zum Preis von 1.50 Mark das Pfund verkauft.

Der Protest des Berliner Magistrats.

In seinem an den Ernährungsminister gerichteten Protest gegen die hohen Lebensmittelpreise wendet sich der

Die Kabinettssitzung.

Berliner Magistrat insbesondere dagegen, daß in den letzten Tagen die sogenannte Indexkommission eine weitere enorme Erhöhung der Getreidepreise befürwortet habe, und gleichzeitig die Reichsgetreideanstalt eine Kräbbergschranke für Getreide in Aussicht nehme. Diese doppelte Erhöhung müsse zur Verbesserung, wenn nicht gar weiterer Erhöhung des jetzigen übermäßig hohen und nur für kurze Zeit extraktiven Brotpreises führen. Außerdem bittet der Magistrat um Herabsetzung des für das nächste Jahr in Aussicht genommenen Kartoffelpreises, der angesichts der günstigen Ernteaussichten sich in seiner Weise mehr rechtfertigen läßt.

Münchener Verhandlungen über einen kommenden Generalstreik.

Der „Bayerische Kurier“ veröffentlichte gestern ausführliche Mitteilungen über eine am 20. Juni in München stattfindende entschiedene Sitzung der Kommission in der U. S. P. über den kommenden deutschen Generalstreik. Der Vorsitzende erklärte, daß der Generalstreik unter allen Umständen kommen werde. Der Genossen Vintzing erklärte, daß der kommende Streik vor der Tür stehe und daß die Vertretung von der U. S. P. als der härtesten Organisation in die Hand genommen werden müsse. Man habe dazu ganz Deutschland in Kreise eingeteilt. Unterschiede zwischen sogenannten lebenswichtigen und anderen Bereichen würden nicht gebüdet. Es müssten alle Vorbereitungen getroffen werden, daß nicht mehr gearbeitet werden kann, auch von Seiten der Arbeiter, die das wollen. Die Eisenbahner in München garantieren dafür, daß von dem Moment an, in dem in München der Generalstreik proklamiert werde, keine Maschine mehr den Schuppen verlässt. Die Angestellten der Elektrizitätswerke werden dafür Sorge tragen, daß auch keine technische Röthe mehr etwas mäßigt. Dasselbe versicherten die Angestellten der Wasserwerke, daß die Wasserwerke sofort abgestellt werden. In dem Augenblick, in welchem der Generalstreik proklamiert wird, muß auch die Einwaltung der Einwohnerwehr eintreten. Jeder hat den Befehlen der Streitkräfte zu gehorchen. Der Vorsitzende erwiderte, daß von wenigen tausend Menschenleben spielt bei dem Endkampf des Proletariats seine Rolle. Zum Schlus erklärte Genosse Vintzing, er betrachte die Einwohnerwehr als Wassertruppen der U. S. P. Sie könne im ersten Augenblick leicht überwältigt werden. Mehr zu fürchten ist die Reichswehr. Ein Glück sei es, daß ihre Verminderung auf 100 000 Mann tödlich sei. Mit den Zeitfreiwilligen werde es einen schweren, erbitterten Kampf abwerfen. Von der U. S. P. würden im übrigen nur treuerprobte Leute bewaffnet werden. Alles sei gut organisiert.

Der Landarbeiterkreis in Pommern.

Auf Grund freier Vereinbarungen kam es im Kreise Stolp zu einer Einigung und der Streik wurde hier abgebrochen. Für die Kreise Schlawe und Rummelsburg wird in Stolp weiter verhandelt. Ein günstiges Ergebnis steht zu erwarten. In Köslin haben die Arbeiter den Schiedsgericht abgelehnt. Es wird auch hier verucht, auf Grund einer gültlichen Einigung den Konflikt zu beenden.

Aus Berlin wird gemeldet: In dem pommerschen Landarbeiterkreis hat der Landrat des Kreises Köslin nunmehr die technische Röthe auf bisher 5 Gütern des Kreises zur Befriedung der Notstandsarbeiten eingeführt.

Streik der häuslichen Arbeiter in Essen.

Die kreisenden häuslichen Arbeiter legten das Wasserwerk still. Die ganze Stadt, auch die Krankenanstalten, läuft ohne Wasser. Mehrere industrielle Werke muhten bereits den Betrieb einzustellen.

Die Bewegung gegen den Steuerabzug.

Der Bund der Landwirte hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der er sich gegen den Steuerabzug in der Landwirtschaft wendet und erklärt, der Abzug sei in der Landwirtschaft technisch ohne große Ungerechtigkeiten nicht durchführbar. Der Bund der Landwirte rüttet deshalb das Erlassen an die Reichsregierung, die Ausführung dieser Bestimmungen bis zu ihrer Änderung zunächst aufzuheben. Vorgestern abend veranstalteten die Christlichen Gewerkschaften Münchens eine Massenversammlung, um zur Steuerungs- und Steuerfrage Stellung zu nehmen. Der Referent, Abgeordneter Hanke erklärte, daß aber für einen Abzug nicht kommen könne, daß aber für einen Abzug im Steuerabzug eingetreten sei und daß die Preiserhöhungen am 1. Juli angeblich des Steuerabzugs nicht vollzogen werden könnten. In einer von der Massenversammlung angenommenen Entschließung wurde u. a. Verwohnung dagegen eingeleitet, daß der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens einseitig auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger vorgenommen werde.

Der Steuerabzug im Rheinland genehmigt.

Der Regierungspräsident von Köln macht amtlich bekannt, daß die Bestimmung des Reichsfinanzministeriums über den 10-prozentigen Abzug vom Arbeitslohn von der Rheinlandskommission genehmigt worden ist. Im Anschluß an die Bekanntmachung teilte das Landesfinanzamt Köln mit, daß der 10-prozentige Steuerabzug am 20. Juni in Kraft tritt.

Die Berechnung der Schuhpreise.

Aus Frankfurt am Main wird gemeldet: Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Federindustrie, der Schuhindustrie, des Schuhgroßhandels und des Schuhseidenhandels haben bezüglich der Berechnung der Schuhpreise den Beschluss gefasst, daß die heutigen Verkaufspreise der Schuhwaren sich auf den gegenwärtigen Händler- und Verkäuferpreisen aufzubauen müssen, unter Berücksichtigung eines den heutigen Verhältnissen entsprechenden bescheidenen Aufschlags für Umlauf und Gewinn. Die Preise für die vorhandenen neuen

Verhandlungen ohne Rücksicht auf entgegengesetzte Verluste ebenfalls auf der vorliegenden Grundlage errechnet werden.

Blutige Zusammenstöße in Jolau.

In der gestrigen Sitzung des Senats der Theresienowezki nach dem Ministerpräsident Tschazar Mitteilung über blutige Zwischenfälle, die sich in der vorliegenden Nacht in Jolau ereignet haben. Die deutschen Vereine in Jolau bilden in der Nacht auf den 28. eine Sonnenwendfeier ab. Bei der Rückkehr in die Stadt sollen sie laut "Heil" gerufen und vor der Kaserne provoziert werden. Sie gelungen haben. Es kam dann zwischen den ausgerückten Mannschaft und den Heimkehrern zu Zusammenstößen, in deren Verlauf beide Teile von den Schüssen entpannen. Eine allgemeine Schieferei entzündete sich. Nach den leichten Nachrichten wurden 2 Soldaten durch Kopf- und Bauchschüsse getötet und 26 Soldaten verwundet. Der Ministerpräsident hat eine strenge Untersuchung eingeleitet. Er sprach im Senat sein Bedauern für die Opfer auf beiden Seiten aus. Wie weiter bekannt wird, war auch vorgestern vormittags in Jolau die Ruhe noch nicht wiederhergestellt. So wurde eine Apotheke, einige Löden und die Redaktion des "Mährischen Beobachters" beschädigt. Die tschechische Presse verschärfte sogar Plakatauflagen. Von dem Ministerpräsidenten wurde offen angegeben, dass die Soldaten auf eigenen Befehl ausgetretenen und Verhaftungen vorgenommen. Auf welcher Seite die Schuld liegt, ist vorläufig noch nicht zu sagen. Sicher ist nur, dass einen großen Schaden die Regierung trifft, die nach den leichten Gemeindewahlen in Jolau, die augenblicklich der Deutschen ausgesetzt waren, dem Rekurs hinzugekommen ist. Die Gemeinden nicht bestätigt und neuwähnlich ausgeschrieben hat. Um die deutsche Majorität zu stützen, hat die Regierung etwa 2400 Legionäre, die stimmberechtigt sind, nach Jolau entsandt, was unter der dortigen deutschen Bevölkerung eine riesige Erregung hervorgerufen hat.

Zwei Noten zur Entwaffnungfrage.

Aus Berlin wird gemeldet: Bei der deutschen Regierung sind zur Entwaffnungskonferenz zwei Noten eingingen, eine vom Präsidenten der Friedenskonferenz, eine andere vom Obersten Rat. Die Note des Obersten Rates ist eine Erörterung der Note des Präsidenten der Friedenskonferenz. Die Forderungen der Noten decken sich unangreifbar mit dem, was die französische Presse während der letzten Zeit bereits zum Ausdruck brachte. Es wird grundsätzlich die Herabminderung des Heeres auf 100 000 Mann gefordert. Begleitend wird eine lokal organisierte Polizei. — Vom "Times" soll die in der Entwaffnungskonferenz an Deutschland gerichtete Note den deutschen Einwohnern insofern Rechnung tragen, als sie die Erhöhung der Polizeitruppe von 80 000 auf 150 000 Mann fordert.

Außerdem der Antwort der Alliierten auf die deutsche Note, betr. den Effektivbestand der deutschen Reichswehr nach den Beschlüssen der Konferenz von Boulogne, sind laut "Journal des Debats" gestern der deutschen Friedensdelegation in Paris zwei weitere Noten, betr. die allgemeine Entwaffnung und die Ablieferung des Luftschiffmaterials, überreicht worden.

Keine Anerkennung der Sowjetrepublik.

In einer offiziellen Londoner Mitteilung über die Verhandlungen mit Krasin heißt es, die Verhandlungen würden fortgesetzt, aber es sei kein Grund zu einer politischen Anerkennung der Sowjetregierung vorhanden. Die nächste Sitzung zwischen dem Obersten Rat und Krasin werde noch vor Ende dieser Woche stattfinden. Die Alliierten sollten auf der Konferenz von Boulogne den Beschluss gefasst haben, die Sowjetregierung unter keinen Umständen anzuerkennen.

Nach einer New Yorker Meldung sagte der russische

Entlaufen
klein, schwarz-wieles Rädchen. Gegen Belohnung abzugeben. Haftstrafe 41, 1.

Verloren

gestern abend v. Arbeitsnachweis bis Kaiser-Wilh.-Blz. Portemonnaie mit Inhalt (195 M. und 2 Goldstücke). Gegen Belohnung abzugeben im Tageblatt Niela.

Von meinem Lagerplatz ist ein großer

Handwagen

ohne Seitenbretter weg genommen worden. Für Wiederherstellung 50 Mark Belohnung.

G. Heinig,
Landsberga.
Einf. mögl. Zimmer, wenn möglich mit Hochgelegenheit, zu mieten gelucht. Off. unt. VA 5851 an das Tgbl. Niela.

Wer tauscht Wohnung

in Riesa mit Gröba?
Näheres durch Jordan & Co., Gröba.

GELD auch ohne Bürgen sofort auszuleihen durch C. Wolf, Chemnitz, Bernsdorferstr. 48.

10000 Mark

auf sichere Hypothek auszu-

leihen.

zu erkr. im Tagebl. Niela.

35 j. Geschäftsmann m. gut. Einkommen u. 20 000 Mark Verm. wünscht sich m. liebster, wirtschaftl. Mädch. ob. jung. Witwe zu verheiraten. Off. unt. A 2 500 an Buchdruckerei Rich. Jacobson, Niesterwalde.

Ein 10 Wochen altes Kind wird in liebervolle Pflege gegeben. W. Kling. m. Preis u. U 2 500 an das Tgbl. Niela.

Gebt einen
13 jähr. Jungen
in strenges Erziehungs-
Haus. Gebt unter U 2 500
an das Tageblatt Niela.

Wo kann junges Fräulein
Röcken erlernen?
Gebt unter m. Preis. Unt.
U 2 500 an das Tgbl. Niela.

Wirtschaftskomitee des Deutschen Reichsverbandes ist vereinbart. England fügte in der Angelegenheit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetregierung Bedingungen hinzu, die darauf hinausgingen, dass Russland alles zu geben habe, während England seinerseits nichts dafür hätte. Die englische Regierung habe tatsächlich keine Auflagen dafür gegeben, dass der Handelsverkehr endgültig wieder aufgenommen werden solle, und habe insofern die im Kriege mit Russland leidenden Streitkräfte unterstellt. Ein Abkommen mit Russland sei nur auf der Grundlage der gegenseitigkeit möglich.

Bildung einer Koalitionsregierung in Modena?

Der Schweizer Bundespräsident Motte hat nach Blättermeldungen interessante Nachrichten über die Zustände in Sowjetrußland erhalten. Danach haben Lenin und eine Reihe von leitenden Persönlichkeiten der Sowjetregierung erkannt, dass es unmöglich ist die kommunistischen Grundgesetze aufrecht zu erhalten. Sie arbeiten daher an der Bildung einer Koalitionsregierung. Man vermutet, dass die Konferenz von Boulogne auf Grund dieser Nachrichten zu ihrem Beschluss gekommen ist, die Sowjetregierung nicht anzuerkennen.

Die Franzosen und ihre Verbündeten.

Bei der Sommerberatung des französischen Haushaltssatzes das Ministerium des Außenwesens stellte Abg. Danielson fest, dass die in ihrer Absichtserklärung enthaltenen Engländer und Amerikaner Frankreichs Anstrengungen für die Freiheit der Welt schnell vergessen hätten. Man holt dort das französische Volk für ermordet, faul und selbstsüchtig. Weder forderte einen Informationsdienst für die europäische und amerikanische Presse. Jean Hennelot will alle Staaten in den Völkerbund aufgenommen wissen, was den Nationalisten Leon Daudet zu dem Vorschlag veranlasst. Es ist dummkopfisch zu glauben, dass Deutschland als Mitglied des Völkerbundes nicht mehr dasdelle sein würde. Hennelot hält auch von den Einvernehmen zwischen Frankreich und England. Barthélémy bestätigt dies; in England arbeite man für den Völkerbund. Schließlich behandeln verschiedene Redner Gehaltsfragen, auch wegen der Angestellten des Völkerbundes. (Vorschlag des Nationalisten Daudet: Albert Thomas erhält jährlich 300 000 Francs).

Die englandfeindlichen Türken.

Aus Konstantinopel wird über eine geheime Sitzung des Parlaments von Mustafa Kemal berichtet, in der Europa als Feind der Türkei erklärt und beschlossen wurde, dass sich die Nationalisten bis zum letzten Atemzug dem Friedensvertrag widersetzen wollen.

Asquith verlangt die Rückung Mesopotamiens.

Im englischen Unterhause sagte Asquith, dass es sich für Großbritannien empfehlen würde, Mesopotamien zu räumen und die beantragten Kredite um eine Million Pfund Sterling zu kürzen. Lloyd George erklärte, England habe ein unmittelbares moralisches Recht auf Mesopotamien. Die britische Kommission habe Weisung, die Ansichten der arabischen Führer über die vorgeschlagene Regierung in Mesopotamien einzuhören. Der Antrag Asquiths wurde daran mit 285 gegen 50 Stimmen abgelehnt.

Sitzung der sächsischen Volkskammer.

wsl. Dresden, 24. Juni.
Nachdem in der heutigen Sitzung die Staatsdebatte nach längeren Ausführungen des Abg. Cosian (Soz.), die neue Geschäftspunkte nicht zur Geltung brachten, zu Ende geführt worden war, und der Minister des Innern noch einige er-

gängliche Verhandlungen gemacht hatte, verließ der Abg. Kranz mit der Begründung des Antrages Arzt und Gen. betr. Einführung von Beiträgen beim Bergamt und den Bergarbeitern.

Abg. Krause (Soz.) begründete den Antrag. In den amilizialen Ställen sei den Bergarbeitern gegenüber schwer gefändigt worden. Es müsse an amilizialen Ställen ein tieferes Verständnis dem Leben der Arbeiter entgegengebracht werden. Die Arbeiterschreidigkeit der Bergarbeiter sei im allgemeinen Interesse möglichst zu haben. Deshalb sei es notwendig, aus den Reihen der Arbeitnehmer einen Beitrag in das Bergamt aufzunehmen. Diese Beiträge sollen ein Bindeglied zwischen Bergarbeitern, Bergwerksbesitzern und Staat sein. Man werde auch noch auf ein Reichsbergamt kommen müssen. Finanzminister Dr. Reinhold erklärte, dass die Regierung Wert auf ein gutes Einvernehmen zwischen Bergarbeitern und Behörden lege. Aber sie habe bis jetzt noch nicht Stellung zu dem Antrag nehmen können, sondern sich vielmehr mit einer Anfrage an Preußen und Bayern gewendet, wie dort die Verhältnisse geregelt seien. Abg. Verdi (Deutsch.) glaubt, dass es schon in den Gewerbevereinen eine Organisation gebe, die vermittelnd zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern tätig sein könnte. Er könne sich von der Einführung eines Beitrags im Bergamt keinen Nutzen versprechen. Abg. Droscher (Soz.) tritt für den Antrag ein. Die Einrichtung besteht schon in England. Der Antrag geht dann an den Haushaltsausschuss.

Weiter beschäftigt sich die Kammer mit dem Gesuch des Gemeinderates zu Wildenfels und Gen. um Errichtung einer neuen von Wildau-Wildenfels nach Neu-Zeitz gehenden Eisenbahn sowie des Gemeinderates Überholndorf und Weiler für 1. die Gefahr der Gemeinden Wildenfels und Gen. der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. 2. Das Gefuch des Gemeinderates Überholndorf der Regierung zur Kenntnisnahme zu zugeben. Die Kammer beschloss dementsprechend. Außerdem wurde noch das Gefuch um Ausbau der Personenzügelshalle Niederoderwitz der Regierung zur Kenntnisnahme, ferner das Gefuch um Errichtung einer Teilstraße Kamenz-Königsbrück der Nordostbahn der Regierung zur Erwägung überwiesen und das Gefuch um Errichtung einer Haltestelle zwischen Böhmen und Sachsen auf sich beruhen gelesen.

Nächste Sitzung Mittwoch den 20. Juni, nachmittags 1 Uhr. Kurze Anträge und Landeswahlgesetz.

Die Grenzspende Dresden

bewirkt die Unterstützung der ins Abstimmungsgebiet fahrenden bedürftigen Wähler. Giebt darum reichlich und sogleich

für die Grenzspende der Kreishauptmannschaft Dresden durch Deine Bank Sparfeste Leitung oder direkt auf Postcheckkonto Leipzig 113051.

Unterkunft.

Alleinstehende gebildete Dame wird zur Bedeutung im Haushalt von kinderlosem Chevanon in schöne Wohnung mit Garten in Leipzig's Umgebung um kleine Vergütung für Verpflegung oder ohne solche sofort oder später aufgenommen. Ausführliche Angebote unter Q X 5258 an das Tageblatt Niela.

Wer erleiht jungen Mann Geigenstunden? Offeren unter U W 5847 an das Tgbl. Niela erbeten.

Wer erleiht jungen Mann Unterricht in Stenographie? Werte Angeb. unt. U U 5848 an das Tageblatt Niela.

Leistungsfähiges Brennholz u. Torf. Großhandel. Mitteldeutschlands sucht für den Betrieb ihrer Brennstoffmaterialien an Händler, Industrielle u. sonst. Verbraucher sucht, energische Werbepolitik für den hohen Verbrauch. Off. u. L 2151 a. H. H. Haalenstein & Voitler, Leipzig. 30 Stück 2-4 Woch. alte verkauf. Mr. 2 Altenen b. Mühlberg.

1 Gluck mit 10 Schuppen zu verkaufen. Rücker Nr. 8.

Junger Spitz zu verkaufen. Hauptstraße 18.

Eine Rehinschere-Hündin, sehr wachsam, und ein Paar neue Herrenhunde, Gr. 40, preiswert zu verkaufen. Gröba, Allee 16, p.

Sportwagen mit Plane billig zu verkaufen. Zu erkr. im Tagebl. Niela.

Geb. Herrenrad m. Gummi, 450 M. Damenrad, 550 M. zu verkaufen. Hauptstr. 73, Fahrrad-Högl. Gebrauchtes, guterhaltenes Damenrad, ohne od. m. Gummidrehselung zu kaufen. Off. m. Preis u. U 1500 an das Tgbl. Niela erbeten.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.

Bilanzkonto vor 31. Dezember 1919.

Aktiva	M	J	Passiva	M	J
Kasse, fremde Geldsort. Kupons u. Gutschrift. b. Posten- u. Abrechnungsbanten	100 588 185	12	Passiva	125 000 000	-
Wedel u. unverzinsl. Schakanu.	486 667 921	95	Reserven	Reservesfonds I. 4 4000 000,-	
Nostroguithab. b. Bank. u. Bankfirm.	142 858 440	14		II. 17 600 000,-	
Lombards- und Repots gegen börsengünstige Wertpapiere einschließlich Vorrätsche gegen Deutsche Kriegsanleihe	78 506 802	41	Glreditoren	57 600 000,-	
Vorrätsche auf Waren und Warenvermögens	22 180 439	89	Ulster u. Schles.	1 872 441 690	64
Eigene Wertpapiere	46 644 868	28	außerdem: Anat. u. Bürgl. Verpflichtungen	75 478 201	76
Kontaktial- u. Finanzgeschäfte	20 276 704	54	Beamten-Pensionsfonds	121 290 981	51
Dauernde Beteiligungen b. Banken	7 573 425		Uttien-Divid. noch nicht erhob.	3 420 644	-
Debitoren in laufender Rechnung	78 401 627	28	Gewinn- u. Verlust-Konto	200 540	-
Bankgebäude	10 504 000		Steingewinn	16 572 262	60
Immobilien, abgängl. Hypotheken	8 611 858				
Möbiliar	1 000				
Plandbrief-Abschaltung, Aktiv-Galdo	1 791 121	59		1 649 718 839	-

Gewinn- und Verlust-Konto vor 31. Dezember 1919.

SOLL	M	J	HABEN	M	J
Abgaben u. Staatsaufsicht	7 733 970	66	Überschlag v. vor Rechnungsjahre	492 998	44
Handlungskosten	22 818 748	12	Blüsen in laufender Rechnung, sowie von Webstühlen	88 826 776	20
Abschreibung auf Bankgebäude	517 988	65	Stiftungen u. Gewinn auf Wertpapiere	1 489 835	-
Steingewinn d. 64. Rechnungsjahres	16 572 262	60	Bronzionen	12 283 657	70
			Überschuss der Plandbrief-Abschlg.	104 702	69
				47 687 970	08

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Steller. Peterlen. De Schen.